

Bundesgesetz über das Stabilisierungsprogramm 2017-2019

**Vernehmlassung
Bildungscoalition NGO**

März 2016

Generelle Würdigung des Bundesgesetzes über das Stabilisierungsprogramm 2017-2020

Einleitung

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus Umwelt, Entwicklung, Menschenrechte, Gesundheit und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildungspolitik. Die Bildungscoalition NGO engagiert sich auf nationaler und kantonaler Ebene, um im Rahmen bildungspolitischer Projekte und Reformen in der formalen Bildung – von der Volksschule bis zu den Hochschulen –, in der nicht-formalen und in der informellen Bildung, die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung zu integrieren. Sie koordiniert Vernehmlassungen von eidgenössischen Bildungsreformen.

Die Nachhaltige Entwicklung ist ein verfassungsrechtlicher Leitrahmen für die nationale Forschungs- und Innovationspolitik und eine verbindliche Grundlage für Bund und Kantone (BV Art. 2 Abs. 4 und Art. 73).

Gesamtbewertung der Vorlage

Die Bildungscoalition NGO bewertet das Ausmass der ungleichen Verteilung der Sparmassnahmen als finanzpolitischen Angriff auf das Bildungssystem Schweiz. Sie ist in dieser Form abzulehnen. Die Bildungscoalition NGO bemängelt insbesondere folgende Punkte:

1. Fehlende Gesamtschau der Sparmassnahmen von Bund und Kantonen in der Bildung

Es fehlt eine Gesamtschau der bevorstehenden Sparmassnahmen in der Bildung von Bund und Kantonen insgesamt und deren Wirkung für das Bildungssystem Schweiz.

- In den Jahren 2017 bis 2019 führt der Sparauftrag zur Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 zu einschneidenden Kürzungen von 555,3 Mio. Fr;
- In den Kantonen sind Sparpakete in der Bildung von mindestens 536 Mio. Fr. geplant, namentlich durch Unterrichtsabbau, Streichung von Förderangeboten, Kürzungen bei den Spezialklassen und im Musikunterricht. In vielen Kantonen sind die Sparmassnahmen noch nicht genau bezifferbar, die Dunkelziffer liegt über der ausgewiesenen halben Milliarde pro Jahr;
- Bildungskürzungen stehen nicht nur beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI an, sondern auch bei Jugend und Sport (VBS; - 4.5 Mio. Beiträge an J+S Sportkurse und Lager, Aus- und Weiterbildung von J+S Leiterpersonen), bei Sportprojekten und der sportwissenschaftlichen Forschung (VBS; -1.5 Mio.), bei EnergieSchweiz (UVEK; insgesamt - 3 Mio.), bei der Internationalen Zusammenarbeit (EDA; Bildungskürzungen nicht ausgewiesen), bei den Beiträgen an die kantonalen Integrationsprogramme im Ausländerbereich (SEM; Bildungskürzungen z.B. an den Erwerb einer Landessprache nicht ausgewiesen) und bei der Ausbildung der Luftfahrt (BAZL; -3.5 Mio.). Die Bildungscoalition NGO vermutet weitere versteckte Kürzungsmassnahmen in der Aus- und Weiterbildung von Bundesaufgaben, die im Rahmen von Spezialgesetzen und der Vollzugsaufgaben geleistet werden müssen. In diesem Zusammenhang steht auch die Schliessung des Polit-Forums in Bern, eine Institution der Bundeskanzlei und der Parlamentsdienste mit jährlich 30'000 Besucherinnen, die bisher einen Beitrag zur politischen Bildung geleistet hat.

Wir fordern den Bundesrat auf, eine Gesamtschau und Wirkungsanalyse der Sparpakete von Bund und Kantonen in der Bildung vorzunehmen und diese in der Öffentlichkeit transparent sichtbar zu machen.

2. Strategische nachhaltige Zukunftsplanung statt kurzfristiger Finanzpolitik

Die Kürzungsvorschläge im Stabliisierungsprogramm 2017-2019 erfolgen aus einer kurzfristigen finanzpolitischen Logik und nicht aufgrund einer strategischen Zukunftsplanung und Prioritätensetzung des Bundes. Im Bereich der Bildung stehen auf Bundesebene wie bei den Kantonen neue Bildungsaufgaben und Innovationsprojekte an, die einen Mehrbedarf an finanziellen Ressourcen auslösen, sowohl bei Bund als auch den Kantonen:

- Steigende Schülerzahlen auf der Primar- und Sekundarstufe
- Integrationsmassnahmen von Flüchtlingen in der Grund- und Berufsbildung
- Massnahmen zur Integration von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen
- Umsetzung der Bundesfinanzierung der höheren Berufsbildung HBB

- Vollzug des neuen Weiterbildungsgesetzes WeBiG
- Die Förderung von Innovationspärken aufgrund des neuen Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes FIFG
- Massnahmen zur Förderung der Fachkräfteinitiative
- Die Umsetzung und Einführung des Lehrplans 21.

Das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 täuscht über diesen Handlungsbedarf hinweg und macht keine glaubwürdigen Aussagen über die Wirkung der Sparmassnahmen im Bildungsbereich.

3. Umverteilung zu Lasten der Lernenden und der nächsten Generationen

Die ausgewiesenen Kürzungen von weit über 1 Milliarde CHF und die zusätzliche Dunkelziffer an weiteren Bildungs-Sparpaketen betreffen 82 % der Bevölkerung. 19 % (1.5 Mio.) befinden sich in einer Ausbildung, 63 % bilden sich jährlich weiter. Der Bildungsabbau trifft jene Menschen besonders hart, die sich für die steigenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt höherqualifizieren sollten. Bund und Kantone zahlen die Ausbildungslosigkeit in Form von höheren Sozialausgaben und geringeren Steuereinnahmen im Umfang von Fr. 10'000.- pro Person. Fiskalisch ist die Langzeitwirkung der Kürzungen bei Bildung, Forschung und Innovation kontraproduktiv, weil sie die wirtschaftliche Wertschöpfung und die fiskalischen Einnahmen schmälern und die staatlichen Ausgaben in die Sozialversicherungen verlagern.

4. Umverteilung zu Lasten der nachhaltigen Entwicklung

Aus der Sicht der Generationengerechtigkeit ist das Stabilisierungsprogramm nicht ausgewogen. Es betrifft in erster Linie jene Menschen, die auf Unterstützung durch die Internationale Zusammenarbeit in Drittstaaten oder durch eine Bildungsfinanzierung bei der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt angewiesen sind.

Bei den Sparmassnahmen des Bundes sollen beide Bereiche – Bildung (555,3 Mio.) und Internationale Zusammenarbeit (586.9 Mio.) mit über 45 % der Kürzungen die Hauptlast tragen. Diese Umverteilung ist nicht sozialverträglich und steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung.

Die ungleiche Verteilung der Lasten im vorliegenden Stabilisierungsprogramm bewerten wir als politisch kurzsichtig. Die vorgeschlagenen Schwerpunkte des Sparprogramms treffen primär jene Bereiche, die als langfristige Investitionen zur Armutsbekämpfung und zur Prävention von Konflikten und Krisen beitragen.

Ausgerechnet bei der Internationalen Zusammenarbeit will der Bundesrat überproportional hohe Einsparungen vornehmen und dabei den selbst bekräftigten Zielpfad von 0.7 % des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit radikal verlassen. Bildung und Internationale Zusammenarbeit sind zentrale Pfeiler in der Gestaltung nachhaltiger Entwicklung, die durch Sparprogramme nicht in Frage gestellt werden dürfen.